

Beschluss des 64. Bundeskongresses der Europa-Union
vom 14.11.2021

Souveränes Europa? Die EU im Spannungsfeld zwischen China und den USA

Der politische und wirtschaftliche Aufstieg Chinas hat die Weltordnung nachhaltig verändert. Die Europäische Union ist hier gefordert, da die einzelnen Mitgliedstaaten zu klein sind, um die europäischen Werte und Interessen zu verteidigen und die Weltordnung mitzugestalten. Es ist Zeit für eine einheitliche europäische Strategie in den Beziehungen zu China und eine Reform der EU-Außenbeziehungen.

Die Europa-Union Deutschland fordert daher:

EU-Strategie für China-Politik entwickeln und umsetzen

Die europäisch-chinesischen Beziehungen sind seit der politischen und wirtschaftlichen Öffnung Chinas im Jahr 1978 hochkomplex. China ist für Europa Partner, Konkurrent und Systemrivale zugleich und eine Annäherung der Volksrepublik an das westliche Wertesystem erscheint im Jahr 2021 in nie dagewesener Ferne. Gleichzeitig hat sich China im Laufe der letzten Jahrzehnte zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt und einer geostrategischen Supermacht entwickelt. Ohne die internationale Einbindung der Volksrepublik können heute kaum noch globale Herausforderungen wie beispielsweise der Klimawandel bewältigt werden. Vor diesem Hintergrund braucht es eine differenzierte europäische Chinastrategie, die der besonderen Rolle der Beziehungen Rechnung trägt. Grundüberzeugung ist dabei die Verteidigung des europäischen Wertesystems, bei gleichzeitiger Einbindung Chinas in die internationale Weltordnung.

Die fünf Eckpunkte einer europäischen Chinastrategie sollten umfassen:

1. Etablierung eines europäisch-chinesischen Wertedialogs und eine klare Positionierung zu Menschenrechtsproblemen. Europa sollte hier einen engen Schulterschluss mit den Vereinigten Staaten und anderen gleichgesinnten Staaten suchen.
2. Aktive Einbindung Chinas in multilaterale Weltordnung und gemeinsame Arbeit an der Bewältigung globaler Herausforderungen. Hierzu zählt insbesondere der Klimawandel, der Aufbau einer stabilen Sicherheitsarchitektur in Asien und Afrika und die Reform des globalen Handelssystems.
3. Stärkung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und Schaffung eines fairen Wettbewerbs. Investitions- und Marktzugangsbedingungen für europäische Unternehmen in China müssen denen entsprechen, die für chinesische Unternehmen in der EU gelten. Wettbewerbsverzerrende Subventionen an chinesische Unternehmen,

erzwungene Technologietransfers und einseitige Marktzugangsbeschränkungen müssen vollständig beseitigt werden.

4. Idealerweise sollte die Stärkung von China- und Asienkompetenz in Europa durch die Intensivierung von Kommunalpartnerschaften, Schüleraustauschen und Universitätskooperationen erreicht werden können. Dies betreffe neben dem Erwerb interkultureller Kompetenz vor allem das Erlernen sprachlicher Fähigkeiten und den Aufbau von persönlichen Beziehungen. Wir brauchen eine junge Generation von „Brückenbauern“ zwischen Europa und Asien. Dafür sind die derzeitigen politischen Bedingungen in China nicht gegeben. Der Schutz auch der jungen Generation ist dort derzeit nicht gewährleistet, in den hier genannten Beispielen. Die Bedingungen für solche Begegnungen in China sind festzulegen.
5. Diversifizierung von europäischer Asienpolitik: Stärkung von Beziehungen zu Wertepartnern in der Region (Korea, Japan, südostasiatische Staaten) und ganzheitliche Betrachtung der Region Asien-Pazifik. Mit Blick auf das rasante Bevölkerungswachstum in Asien und die globalen Expansionsbestrebungen Chinas sollte eine europäische Asienpolitik deutlich multidimensionaler aufgestellt werden.

Diese einzelnen Entwicklungsfelder können nur gemeinsam betrachtet werden. Während eine Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen auf wechselseitigen Abhängigkeiten beruht, sind Dialoge zu Grundfreiheiten und Menschenrechten nicht im Interesse Chinas. Wirtschaftliche Anreize sollten deswegen mit Bedacht gesetzt werden und nur erfolgen, wenn China auch in anderen Themengebieten klare Verpflichtungen eingeht.

Die EU nach Außen handlungsfähig machen und nach Innen stärken

Die EU muss in Zukunft wesentlich einheitlicher und kohärenter im Verhältnis zu China auftreten. Hierzu bedarf es eine Reihe innerer Reformen.

- Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU muss gestärkt werden. Dies bedeutet die Einführung von Mehrheitsentscheidungen im Rat (auch für Sanktionsmaßnahmen) und mehr Zuständigkeiten und Ressourcen für den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD).
- In den UN-Organisationen und anderen internationalen Konferenzen muss die EU mit einer gemeinsamen Delegation auftreten.
- Die geplante Connectivity-Strategie als europäische Alternative zur Road-Belt-Strategie sollte baldmöglichst umgesetzt werden.
- Sonderformate wie die Gruppe 17+1 müssen abgeschafft werden. Die Teilnahme der Mitgliedstaaten an Projekten wie der Road-and-Belt-Initiative müssen europäisch abgestimmt werden, so dass diese nicht auseinanderdividiert werden können.
- Die EU muss ihre China/Asien-Kompetenzen ausbauen und hierzu z.B. Wissenschaftlernetzwerke und Forschungsgruppen einrichten.
- Die EU muss ihre Investitionen in Forschung und Entwicklung deutlich weiter ausbauen, als im neuen EU-Finanzrahmen beschlossen, um bei Schlüsseltechnologien der Zukunft den Anschluss nicht zu verlieren. Hierzu gehören z.B. der Ausbau unserer digitalen Infrastruktur und die gezielte Förderung von Kerntechnologien wie Künstliche Intelligenz, Quantum-Computing, alternative Antriebstechniken und autonomes Fahren.
- Die EU muss zur Durchsetzung fairer Wettbewerbsbedingungen und Standards im Umwelt-, Verbraucher- und Sozialschutz konsequenter vorgehen. Vorhandene

Instrumente wie Anti-Dumping- oder Anti-Subventionsmaßnahmen, sowie das Regelwerk der WTO müssen proaktiv genutzt und vorausschauend weiterentwickelt werden. Geltende Richtlinien zur Produktsicherheit müssen beim Onlinehandel und Import konsequenter kontrolliert und Verkaufsplattformen in die Verantwortung genommen werden.

Importe aus China/Asien sind häufig deshalb so billig, weil Umweltschutz, Klimaveränderung und Menschenrechte nicht beachtet werden. Damit Lieferketten auch in Europa wieder eine Chance im globalen Wettbewerb erhalten, muss die EU rechtliche Schritte einleiten und Strafzahlungen oder Zölle für Importe beschließen. Eine zeitnahe Umsetzung eines europäischen Lieferkettengesetzes und Importverbote für Waren, die unter Zwangsarbeit hergestellt wurden, sind zwingend notwendig.

Multilateralismus ausbauen

Die EU sollte die Zusammenarbeit mit den USA und anderen Demokratien (Kanada, Australien, Neuseeland, Japan) ausbauen, um in folgenden Feldern eine gemeinsame Linie gegenüber China zu vertreten:

- in politischen Grundsatzfragen wie Demokratie, Menschenrechte, Einhaltung von internationalen Vereinbarungen,
- in sicherheitspolitischen Fragen,
- zur Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation,
- gegen Marktzugangsbeschränkungen und wettbewerbsverzerrende Subventionsvergaben.